

Einbringung des Haushaltsplans 2020 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2023, Sitzung des Kreistags am Donnerstag, 10.10.2019, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal

Anrede,

I. Einleitung

Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche. Digitalisierung, Mobilität, Klimaschutz, CO₂-Ausstoß, Dieselskandal, Fahrverbote usw. füllen die Schlagzeilen. Die Menschen sind verunsichert. Politisches Handeln ist erforderlich.

Gleichzeitig mehren sich die Anzeichen, dass der Konjunkturmotor ins Stocken gerät. Nach 9 Jahren des Wirtschaftswachstums gehen die Steuereinnahmen zurück. Die Automotivindustrie sendet Gewinnwarnungen aus. Die Steuerschätzer korrigieren die hohen Steuereinnahmen vom Herbst vergangenen Jahres nach unten. Gleichzeitig gibt es Gesetzesänderungen auf Bundes- und Landesebene, die zu Kostensteigerungen in den Kommunalhaushalten führen. Zudem machen die Themen Klimaschutz, Mobilität und Digitalisierung politisches Handeln notwendig, um die Zukunft zu gewinnen

Aufgabe ist es, unser Gemeinwesen so zu organisieren, dass wir auch bei veränderten konjunkturellen Rahmenbedingungen leistungsfähig bleiben.

Angesichts dieser Situation hätten wir uns gewünscht, dass uns das Land einen Haushaltserlass an die Hand gibt. Leider hat uns das Land erst gestern einen Haushaltserlass zukommen lassen. Trotzdem legen wir einen Haushalt vor, der bei allen Unsicherheiten und Unwägbarkeiten unserer seitherigen Grundidee des soliden und verlässlichen Haushalts gerecht wird. Das Prinzip Hoffnung spielt vor allem dort, wo wir das Land in der Pflicht zum Kostenausgleich sehen, eine große Rolle. Optimismus ist gerade in diesen Zeiten Pflicht. Das Glas ist nach fast 10 Jahren wirtschaftlichen Wachstum immer noch halb voll und nicht halb leer. Fast alle Kommunen legen positive Haushaltsabschlüsse vor. Dies gilt auch für den Landkreis. Allerdings müssen wir auch das Prinzip Vorsicht anwenden, wenn es z. B. darum geht, neue Freiwilligkeitsleistungen zu begründen.

Unsere Prognosen haben wir, wie immer sorgfältig vorgenommen. Dort wo es Forderungen auf Grund von politischen Zusagen an das Land gibt, haben wir diese veranschlagt, weil wir auf die Zusagen vertrauen. Werden sie nicht eingelöst, so manifestieren sich darin erhebliche Haushaltsrisiken. Sie zu benennen ist meine Pflicht.

Wo es aber darum geht, die Zukunft verlässlich zu gestalten, zeigen wir Mut, Offenheit und Innovationskraft. Mit den Themen Bildung, Digitales, Klimaschutz und Mobilität wollen wir die Zukunft gewinnen. Dort soll investiert werden.

Der Haushaltsplanentwurf und die Finanzplanung sind solide aufgestellt. Bei der Verschuldung haben wir die Generationengerechtigkeit im Blick.

Diese Vorgehensweise möchte ich an 10 Beispielen erläutern.

II. 1. Solide Finanzen – die Grundlage für alles

Unser Haushaltsplanentwurf sieht einen Kreisumlagehebesatz von 32,0 v.H. vor, das sind 1,3 Hebesatzpunkte mehr. Ein Plus von knapp 29 Mio. EUR, das wir brauchen, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Die Steigerung resultiert im Wesentlichen aus einem erhöhten Bedarf im sozialen Leistungsbereich, dem öffentlichen Nahverkehr, der Gebäudeunterhaltung bei den Schulen, den Aufwendungen für die Digitalisierung, den gestiegenen Personalkosten und höheren Umlagezahlungen im Finanzausgleich.

Der Kreishaushalt weist mit 868 Mio. EUR die bisher höchste Steuerkraftsumme seiner Geschichte aus. Seit 2011 hat sie sich nahezu verdoppelt. Trotzdem ist es immer noch zu wenig, um den gesetzlichen Ansprüchen und den wichtigsten kommunalen Aufgaben gerecht zu werden – das macht mir Sorge.

Erfreulich ist, dass wir seit 2011 die Verschuldung von 128 Mio. EUR auf 73 Mio. EUR abbauen konnten. Allerdings wird durch die Investitionen in Schul- und Verwaltungsge-

bäude die Verschuldung im Kernhaushalt im Finanzplanungszeitraum, d.h. bis 2023 auf 165 Mio. EUR ansteigen. Unsere großen Investitionen machen es unabdingbar notwendig, dass wir – wie im vergangenen Jahr beschlossen – zum einen durch Bausparverträge Rücklagen bilden. Zum anderen planen wir eine Eigenfinanzierung – wie in den Finanzierungsleitlinien vereinbart – von jährlich 8 Mio. EUR ein. Die Finanzierungsleitlinien sind selbstverständlich auch in diesem Haushalt eingehalten.

Das Prinzip Hoffnung wenden wir vor allem bei der Kostenerstattung für Asylbewerber an.

Aus den Jahren 2016 bis 2018 erwarten wir, nach den vereinbarten Modalitäten, vom Land noch 22,7 Mio. EUR. Sollten diese noch eingehen, würde es bei den auf kommunaler Seite verbleibenden Aufwendungen im Flüchtlingsbereich für die Jahre 2015 bis 2019 in Höhe von rd. 64,5 Mio. EUR bleiben. Im Wesentlichen sind dies die bislang aufgelaufenen Kosten des Kreises für die vorläufige Unterbringung,

für die Integrationsmaßnahmen und für das Sonderkontingent, für die es keine kostendeckenden Ersatzleistungen von Bund und Land gibt.

Momentan legen wir ein besonderes Augenmerk auf das Asylbewerberleistungsgesetz.

In der gemeinsamen Finanzkommission hat die Finanzministerin eine gesetzliche Regelung zur Kostenerstattung – das ist die Erstattung für sogenannte Geduldete in der Anschlussunterbringung – abgelehnt. Auch ein nachträglicher Kostenausgleich sei nicht beabsichtigt.

Selbstverständlich vertrauen wir auf die Zusagen des Ministerpräsidenten und des Innenministers, und haben den zugesagten Kostenausgleich des Landes in unseren Haushalt fest eingeplant. Sollte dieser Kostenausgleich ausbleiben, so drohen uns Haushaltsrisiken allein in 2020 in der Größenordnung von bis zu 15,4 Mio. EUR. Wir hoffen jetzt auf ein Einlenken des Landtags im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts.

Das Prinzip Hoffnung gilt auch für das Bundesteilhabegesetz. Es bringt im Rahmen der Eingliederungshilfe anstelle der versprochenen Entlastungen erhebliche Mehraufwendungen. Das Land ist bis jetzt nicht bereit, seine konnexitätsrechtliche Ausgleichspflicht für die Zeit ab 2020 anzuerkennen. In den Verhandlungen ist mit dem Land noch keine Einigung über eine adäquate Kostenerstattung erreicht worden. Die muss nun im parlamentarischen Verfahren zur Aufstellung des Landeshaushalts erzielt werden. Während der Kommunalverband für Jugend und Soziales den Mehraufwand zwischen 71 Mio. EUR und 150 Mio. EUR p.a. für das ganze Land beziffert, bietet die Finanzministerin allen Kreisen in 2020 lediglich einen Kostenausgleich von 15 Mio. EUR und in 2021 von 11 Mio. EUR. Also nichts von der angekündigten Entlastung - stattdessen Belastung. Die Landkreise werden zu Ausfallbürgen der Versprechungen der Bundes- und Landespolitik. Wir sind in Vorleistung gegangen, mussten für die Umsetzung der sehr bürokratischen Neuordnung bereits 11 zusätzliche Stellen schaffen, damit die betroffenen Menschen die ihnen zustehenden Leistungen erhalten. Sie

dürfen nicht die Leidtragenden der Auseinandersetzung sein.

Kommt es zu keiner Lösung, so liegt das Haushaltsrisiko für uns bei rd. 3 Mio. EUR im Jahr 2020. Aber: Das Land muss wissen, ohne Anerkennung der Konnexität, also der Kostenausgleichspflicht, wird die kommunale Seite einen Rahmenvertrag mit dem Land nicht unterschreiben können.

Das Prinzip Hoffnung gilt auch für die Finanzierung der Schulsozialarbeit. Der Landkreis fördert seit 2012, und zwar in gleicher Höhe wie das Land, konkret 16.700 EUR pro Stelle und Schuljahr. Den Rest tragen die Städte und Gemeinden. Im ganzen Landkreis verzeichnen wir seit 2012 einen kontinuierlichen Anstieg der Stellen, auf derzeit 110 Schulsozialarbeiter, wofür der Landkreis fast 2 Mio. EUR aufwendet. Die aktuellen Fördergrundsätze des Landes laufen Ende dieses Jahres aus. Die Landesregierung spricht in diesem Zusammenhang von Freiwilligkeitsleistungen und kommunalen Pflichtaufgaben. Das sehen wir überhaupt nicht so! Das Land ist aufgefordert, sich

nicht zulasten der kommunalen Haushalte von der Pflichtaufgabe der schulischen Bildung zu trennen. Zieht sich das Land aus der Schulsozialarbeit heraus, so wird sich auch der Landkreis Esslingen entsprechend der Beschlusslage des Kreistages aus der Förderung herausziehen müssen. Dann liegen die Risiken der Städte und Gemeinden bei rd. 4 Mio. EUR.

Auch bei der Schulbegleitung gilt das Prinzip Hoffnung. Der Landkreis nimmt mit der Leistungsgewährung für die Schulbegleitung im Rahmen der Eingliederungs- und Jugendhilfe eine verantwortungsvolle, aber auch eine zunehmend kostenintensivere Aufgabe wahr. Seit 2014 sind die Fallzahlen von 121 auf 280 angestiegen. Der Gesamtaufwand wächst von 1,1 Mio. EUR voraussichtlich auf 7,5 Mio. EUR an. Die gesetzliche Regelung über die Fortführung der Kostenerstattung ab dem Schuljahr 2019/2020 steht bis heute aus. Wir gehen davon aus, dass wir zumindest den Festbetrag von 1 Mio. EUR erhalten. Allerdings erwarten wir ein weit größeres Engagement des Landes an diese Stelle.

Aber auch noch etwas Erfreuliches!

Das Land hat die Weiterfinanzierung der Integrationsmanager, die eine sehr gute Arbeit in den Kommunen leisten, für 2020 und 2021 mit jeweils 70 Mio. EUR vorgesehen. Dies gibt dem Landkreis und seinen Kommunen ein Stück Planbarkeit.

II. 2. Sozialpolitik des Landkreises – innovativ und entwicklungsstark

Die Sozialausgaben bewegen sich weiterhin auf hohem Niveau. Gegenüber dem Vorjahr steigt der Aufwand auf nunmehr 188 Mio. EUR an. Obwohl erste Indikatoren für ein Eintrüben der Wirtschaft sprechen, geht die Verwaltung von einem stabilen Arbeitsmarkt aus.

Ebenfalls unterstellen wir, wie vorher ausgeführt, dass das Land in allen Handlungsfeldern mit Konnexitätsbezug für eine auskömmliche Finanzierung sorgt, also dem Grundsatz Rechnung trägt "wer bestellt, bezahlt".

Eine nachhaltige **Integration** ist alles andere als ein Selbstläufer. Dieser langwierige Prozess bedarf eines lan-

gen Atems und nachhaltiger Konzepte, die wir im Integrationsplan des Landkreises niedergelegt haben, der im Dezember 2017 vom Kreistag verabschiedet wurde Ziel ist es, unsere Integrationsleistungen in unserem dicht gewobenen Regelsystem sicherzustellen, nicht für alles und jegliche neue Beratungsleistungen zu begründen.

Seit 2015 haben wir für Integrationsmaßnahmen 20 Mio. EUR aufgewendet, die Hälfte davon bezahlen Land und Bund. Unseren Anteil haben wir aus Überzeugung aufgebracht. Wohl gemerkt: Dieses Geld machen wir nicht gegenüber dem Land geltend. Wir erwarten allerdings, dass uns das Land durch eine sichere Finanzierung unterstützt. Schließlich hat der Ministerpräsident gesagt, dass die Integration der Flüchtlinge eine Gemeinschaftsaufgabe aller staatlichen Ebenen sei.

Wir haben in die **Jugendarbeit** in den letzten Jahren unglaublich viel Energie investiert. Es ist eine zukunftsweisende Rahmenkonzeption als neues Fundament entstanden und damit eine Grundlage für eine bedarfsgerechte Ausstattung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Dafür

stellen wir dem KJR und teilweise den Städten und Gemeinden im Rahmen der neuen Förderung der Kinder- und Jugendarbeit im nächsten Jahr rund 3 Mio. EUR zur Verfügung. Soviel wie kein anderer Landkreis. Uns ist wichtig, dass die neuen Förderrichtlinien von Anfang an durch eine Qualitätssicherung flankiert werden. Es wird unter Federführung des Kreisjugendreferates im kommenden Jahr dafür ein Konzept erarbeitet.

Ein relativ neues Thema ist die **Förderung der Jugendbeteiligung und Interessenvertretung**. Seitens der Jugendlichen wurde bei der letzten Jugendkonferenz der Wunsch geäußert, einen „Jugendkreistag“ zu bilden. Das nehmen wir ernst. Aktuell erarbeiten wir ein kreisweites Beteiligungsformat. Wir werden im November im Jugendhilfeausschuss berichten.

Bei der **Kindertagesbetreuung** nehmen wir am **Modellversuch Inklusion – Mobiler Fachdienst und Qualitätsbegleiter** des Landes teil. Wir sind einer von acht Jugendhilfeträgern, die ausgewählt wurden. Das Land stellt uns

hierfür die Personalkapazitäten zur Verfügung. Wir versprechen uns eine strukturelle Weiterentwicklung, von der alle Akteure profitieren, insbesondere jedoch, die behinderten Kinder und ihre Familien.

Arbeitsmarktpolitik ist Sozialpolitik. Auch hier sind wir entwicklungsstark und zukunftsorientiert. In der Jugendberufshilfe sind wir mit unserem Konzept GO!ES Anfang des Jahres erfolgreich gestartet. Wir gestalten gemeinsam mit dem Jobcenter und den großen Kreisstädten ein Angebot am Übergang von der Ausbildung in den Beruf. Für dieses innovative Konzept wurden wir mit einem 1. Platz bei der bundesweiten Prämierung der Bundesagentur für Arbeit ausgezeichnet. Das macht uns stolz.

Zur Kategorie „Innovativ und entwicklungsstark“ gehört vor allem die jetzt gestartete Kreispflegeplanung. Sie ist die große Klammer einer altersorientierten Sozialpolitik. Dazu gehören insbesondere die Umsetzung landkreisweiter Pflegestützpunkte und die Weiterentwicklung der Quartiersarbeit in unseren Kommunen. In diesen Prozessen

werden wir vom KVJS und dem Kuratorium Deutsche Altershilfe begleitet.

Auch die **Fortschreibung der Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderung** ist gestartet. Zur konzeptionellen Weiterentwicklung bei der Unterstützung junger Erwachsener mit Behinderung am Übergang von der Schule in den Beruf haben wir die Arbeit aufgenommen

Die neue **Sozialberichterstattung** soll helfen das hohe Niveau in allen Sozialleistungsfeldern zu erhalten. Dafür braucht es Gestaltungskraft, um ausgetretene Pfade zu verlassen, Mut zum Umbau zu haben, Neues und Zukunftsweisendes anzugehen. So wollen wir die Zukunft in der Sozial- und Jugendhilfe, der Eingliederungs- und Behindertenhilfe, der Altenhilfe und der Integration von Flüchtlinge meistern. Wer bewahren will, muss die Kraft zur Veränderung haben!

II. 3. Attraktiver ÖPNV – notwendig für Mobilität und Klimaschutz

Die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises hängen mehr denn je vom öffentlichen Nahverkehr ab.

Schon heute nutzen über 230.000 Personen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel.

Das macht mehr als 15 % aller motorisierten Fahrten aus.

Diese Nutzung müssen wir weiterhin nachhaltig steigern.

Noch nie sind so viele Menschen in Bahnen und Bussen gefahren wie in den letzten Monaten. Eine Steigerung von 4,8 %.

Die Tarifzonenreform war hier ein wichtiger Schritt.

Das kostet das Land, die Landeshauptstadt und die Landkreise gemeinsam 42 Mio. EUR pro Jahr. Damit diejenigen die mit den „Öffentlichen“ fahren, auch ordentlich unterwegs sind, dürfen wir bei den Investitionen in die Infrastruktur und dem Ausbau der Kapazitäten nicht nachlassen.

Für uns heißt dies, in die S2-Verlängerung, in die U6 und die U5 zu investieren und gleichzeitig planerisch die Voraussetzungen zu schaffen, eine Tangentialverbindung von den Fildern ins Neckartal, im Bereich Wendlingen zu erhalten. Die Investitionssummen dafür sind gewaltig, die zeitlichen Vorläufe inakzeptabel. 209 Mio. EUR für 4 km zusätzliche S-Bahnstrecke (S2), ein Planungsvorlauf von

mehr als 20 Jahren! Angesichts dieser Zeithorizonte fordere ich das Land auf, sich künftig wie der Bund, auch an den Kostensteigerungen zu beteiligen, vor allem aber muss der Bund dringend das Verfahren zur „standardisierten Bewertung“ überarbeiten. Die Wiedereinführung des Schienenbonus könnte dazu ein Weg sein.

Im kommenden Jahr geben wir rund 44,6 Mio. EUR aus, damit Busse und Bahnen im Landkreis fahren und damit die Menschen zur Arbeit, zur Schule und in der Freizeit zuverlässig zu ihren Zielen gelangen. Wir tragen eine Mitverantwortung für gute Verkehrsbedingungen zu vertretbaren Kosten. Diese Verantwortung nehmen wir aktiv wahr. Ein attraktiver ÖPNV ist und bleibt ein zentrales Anliegen der Kreispolitik. Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, müssen wir hier investieren.

In der letzten Sitzung des VFA haben wir die Fortschreibung unseres Nahverkehrsplans gestartet. Er stellt die öffentlichen Verkehrsinteressen und Bedürfnisse dar und bildet den Rahmen für die künftige Entwicklung des ÖPNV

im Landkreis. Themen wie Barrierefreiheit, neue Netzentwicklungskonzepte, 15-Minuten-Takt als Zu- und Abbringer bei der S-Bahn sowie die Anforderungen der neuen EU-Richtlinie „Clean Vehicles“ zum Einsatz emissionsreduzierter Fahrzeuge sollen dabei abgehandelt werden.

II. 4. Von der Energieminderungsstrategie zum integrierten Klimaschutzkonzept

2007 haben wir bereits eine Energieminderungsstrategie im Kreistag beschlossen, mit dem Ziel, bis 2020 35% CO² einzusparen. Dieses Ziel wird aller Voraussicht nach knapp erreicht. Gemeinsam mit 26 Städten und Gemeinden erarbeiteten wir ein Integriertes Klimaschutzkonzept. Ziel ist es, die Aktivitäten zu bündeln, Potentiale auszubauen und so unseren Beitrag zur Senkung der Treibhausgas-Emissionen zu leisten.

Am 14. Oktober 2019 werden wir die Ergebnisse im Rahmen einer Abschlussveranstaltung präsentieren. 200 Einzelmaßnahmen sind zusammengekommen und knapp 40 Maßnahmen hat das mit der Umsetzung beauftragte ifeu Institut ausgewählt, die prioritär bearbeitet werden sollen. Damit wir im nächsten Jahr handlungsfähig sind, sind Mittel für erste Umsetzungsschritte eingestellt. Beinhaltet ist auch die Neuausrichtung der Energieagentur als Klimaschutzagentur und die Einstellung eines Klimaschutzmanagers.

Wir haben das Ziel, den Klimaschutz zu einem ökologischen und ökonomischen Erfolgsmodell zu machen. Klimaschutz, koste es was es wolle, kann nicht unsere Aufgabe sein.

II. 5. Zukunftsdialog Landkreis Esslingen fortsetzen

Im neuesten Prognos-Zukunftsatlas 2019 ist der Landkreis im Vergleich zu seiner Platzierung im Jahr 2016 um 9 Plätze von Rang 22 auf Rang 31 abgerutscht. Sämtliche Landkreise unserer Region haben Plätze eingebüßt. Wir befinden uns bei über 400 bewerteten Landkreisen aber immer noch bei den oberen 10 %. Die Entwicklung zeigt allerdings auch, dass wir unseren vor 2 Jahren gestarteten Zukunftsdialog intensivieren müssen. Themen, wie der Strukturwandel, die Digitalisierung, die Fachkräftesicherung sind Zukunftsfelder, denen wir uns mit aller Kraft widmen müssen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass wir national und international von anderen Regionen überholt werden. Deswegen wird am Zukunftsdialog Landkreis Esslingen nachdrücklich weitergearbeitet.

Der **Breitbandausbau** durch unseren Zweckverband, gemeinsam mit der Gigabit Region Stuttgart und in Kooperation mit der Telekom, kommt voran. Unsere 44 Städte und Gemeinden haben die Chancen erkannt und wollen dieses ehrgeizige Ausbauprojekt umsetzen: Bis 2025 sollen 100 % der Gewerbegebiete und bis 2030 90 % der Haushalte an Glasfaser angeschlossen sein. Dies macht es notwendig, jährlich etwa 100.000 Haushalte bzw. Gewerbebetriebe in der gesamten Region Stuttgart ans Glasfasernetz zu bringen. Das geht nur, wenn wir Genehmigungsprozesse beschleunigen und alternative Verlegungstechniken zulassen. Unser Zweckverband leistet dazu viel Überzeugungsarbeit.

Kernstück unseres **Elektromobilitätskonzepts** ist der bedarfsgerechte Ausbau der Ladeinfrastruktur im Landkreis Esslingen. Wir wollen Potenziale aufzeigen und zielgerichtet Investitionen in die Elektromobilität befördern. Weiter geht es um die Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs und die Vernetzung von Verkehrsträgern, Voraussetzungen für einen umweltfreundlichen und nachhaltigen ÖPNV.

Für die Verwaltungsneubauten in Esslingen und Plochingen ermitteln wir die Potentiale für Elektromobilität.

Unser Elektromobilitätskonzept wird voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2020 abgeschlossen und anschließend öffentlich verfügbar sein. Es beinhaltet einen konkreten Maßnahmenkatalog einschließlich Bedarfsprognosen für das gesamte Kreisgebiet. Es ist eine wichtige Klammer zum integrierten Klimaschutz.

Weiter plant der Landkreis gemeinsam mit der Hochschule Esslingen ein **Projekt zur nachhaltigen Mobilität** durch die **Nutzung** der Brennstoffzellentechnologie im Straßenbauamt. Die Projektskizze für eine **emissionsfreie Straßenmeisterei (LKES²)** stellen wir im Herbst im ATU vor. Die Fördermöglichkeiten durch Bund und Land sowie privater Partner werden ausgelotet. Ein Förderantrag beim Bund (Hy-Performer) ist gestellt. Auch hier ist der Landkreis entwicklungsstark und innovativ.

Ab dem kommenden Jahr werden wir bei der **Beschaffung** von Dienstfahrzeugen grundsätzlich Fahrzeuge mit emissionsarmen Antriebstechniken (Elektrofahrzeuge oder Plug-In-Techniken) erwerben.

II. 6. Vorbildliche Bildungslandschaft sichert unseren Standort

Die Berufsschullandschaft des Landkreises Esslingen ist vorbildlich. Diesen Spitzenplatz gilt es auch in der Zukunft zu halten. Deswegen schreiben wir unsere **Schulentwicklungsplanung** fort. Die demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen nehmen wir zum Anlass, detaillierte Analysen und Prognosen zu bildungspolitischen Erfordernissen vorzunehmen. Auf dieser Grundlage können wir das Profil unserer beruflichen Schulen weiter schärfen und die Kompetenzzentren stärken.

Im Fokus unserer **Digitalisierungsstrategie** steht der Aufbau einer zukunftsfähigen IT-Infrastruktur sowie die Ausstattung der Schulen mit zunehmend mobilen digitalen

Endgeräten. Außerdem werden Themen, wie die Einrichtung einer Cloud, eines Lernmanagementsystems oder Fragen zu Wartung und Support aufgegriffen.

Verknüpft wird die Digitalisierungsstrategie mit einer **Fort-schreibung** unserer **Medienentwicklungsplanung**. Damit bekommen wir ein Instrument zur Steuerung eines langfristigen und nachhaltigen Medieneinsatzes in unseren Schulen. Zudem sollen dabei auch die Pläne der beruflichen Schulen und die der sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren zusammengeführt werden und dann in den technisch-pädagogischen Einsatzkonzepten einer jeden Schule konkretisiert werden.

Das Tempo der technologischen Veränderung macht es notwendig, während des Planungsprozesses bereits grundlegende Maßnahmen umzusetzen. So werden Ende 2019 alle beruflichen Schulen mit 1 GB Glasfaser-Internetanschluss ausgestattet sein. Außerdem erfolgt der Ausbau und die Ertüchtigung der WLAN Netze bis Ende 2020. Der „**Digitalpakt Schule**“ des Bundes gewährt Finanzierungshilfen i. H. v. 5 Mrd. EUR bundesweit. Für unsere

Kreisschulen erhalten wir ein Gesamtbudget von rund 5,52 Mio. EUR. Voraussetzung hierfür sind konkrete Projekte mit den erforderlichen pädagogischen Konzepten, die wir im kommenden Jahr erarbeiten, damit die Gelder bis 2024 auch abgerufen werden können.

Alle unsere **seitherigen Digitalisierungsprojekte**, wie das **Multilabor 4.0** oder die **Lernfabriken 4.0** an allen drei gewerblichen Schulen, werden weiter vorangetrieben. Sie dienen auch für kleine und mittelständische Unternehmen als Demonstrationszentren. An der Friedrich-Ebert-Schule treiben wir zudem ein **Eisenbahnlabor 4.0** und an der John-F.-Kennedy-Schule das Unterrichtskonzept eines **Digitalen Büros** voran. Zur Ausbildung junger Menschen an der Elektroantriebstechnologie werden wir die **Hochvolt-Elektrowerkstatt** an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule aufrüsten.

Trotz aller Digitalisierung dürfen wir die **Sanierung der bestehenden Schulgebäude** nicht vergessen. Der vom Land aufgelegte kommunale Sanierungsfonds für Schulgebäude gibt dazu einen wichtigen Impuls. Allerdings

müssen wir uns mit eigenen Mitteln an der Sanierung beteiligen. Für Projekte in den Jahren 2018-2019 sind uns vom Land insgesamt knapp 5 Mio. EUR bewilligt. 2020 erhalten wir 1,8 Mio. EUR. Es ist deshalb notwendig, unsere eigenen Sanierungsmittel ab dem Haushaltsjahr 2020 aufzustocken, um die Landesmittel vollständig abrufen zu können.

Die **Generalsanierung** der **Rohräckerschule** strebt dem Ende zu. Wir haben die berechtigte Hoffnung 2021 fertig zu werden. Die ihnen bereits bekannten Kosten von 55,8 Mio. EUR werden eingehalten.

Der Neubau der **Albert-Schäffle-Schule** wird im April 2020 seiner Bestimmung übergeben. Die errechneten Baukosten werden eingehalten. Gleiches gilt für die neue **Sporthalle Zell**, die in wenigen Tagen eingeweiht wird.

Auf dem Weg ist auch die Planung der Sanierung bzw. die Erweiterung der **Bodelschwingschule**. Die Entwurfsplanung wird im November im KSA vorgestellt. Die Kostenberechnung geht mittlerweile von stolzen 19,4 Mio. EUR, bei

einer angenommenen Schulbauförderung von 2,2 Mio. EUR, aus. Angesichts dieser Entwicklung halte ich die Entscheidung des Kreistags für richtig, den Ersatzbau der Bronnader Sporthalle in Nürtingen zurückzustellen. Die Planung und Finanzierung kann nicht vor 2024 erfolgen.

II. 7. Gute Rahmenbedingungen für eine moderne Verwaltung schaffen

Unter dieser Überschrift diskutiert der Kreistag seit 2014 verschiedene Realisierungsvarianten. Beim Grundsatzbeschlusses 2016 haben wir festgelegt, dass die Maßnahme 3 Punkte umfassen soll:

- Ein Ersatzbau am Standort Pulverwiesen 11 für 675 Arbeitsplätze, mit Parkierung, Kindertagesstätte und einem Energiestandard KfW 40.
- Das ehemalige Klinikgebäude in Plochingen wird zum Verwaltungsstandort mit 280 Arbeitsplätzen umgebaut.
- Auf dem Gelände des ehemaligen Personalwohngebäudes in Plochingen soll ein Verwaltungsneubau mit rund 225 Arbeitsplätze entstehen. Auch

hier wird der KfW 40 Standard eingehalten. 20% aller Mitarbeiterstellplätze werden zur Förderung der E-Mobilität für E-Fahrzeuge vorbereitet. Baubeginn für diese Maßnahme ist der Sommer 2020 und die Inbetriebnahme ist im Frühjahr 2022 geplant. Im November soll der Kreistag die Vergaben tätigen.

Die Neubauten in Esslingen und Plochingen sind für ressourcenschonendes Bauen im Rahmen unseres Klimaschutzkonzeptes vorgesehen.

Bis 2026 soll alles fertiggestellt sein.

II. 8. Kreisstraßen instandhalten, Radwegkonzept umsetzen

Die zweite **standardisierte Zustandserfassung** unserer **Kreisstraßen** für die Jahre 2020-2023 wird im Herbst im Ausschuss für Technik und Umwelt vorgestellt. Eine Verbesserung der **Radverkehrsinfrastruktur** ist enthalten. Wegen der stark steigenden Baupreisentwicklung mussten wir das Budget im Ergebnishaushalt um 15 % anheben.

Unserer Machbarkeitsstudie für die **Radschnellverbindung** von der Kreisgrenze bei Reichenbach bis zur Stadtgrenze nach Stuttgart haben wir im Frühjahr dem Land übergeben.

Das Land wird diese Radverbindung als eines von drei **Pilotprojekten** in seiner Baulast realisieren. Als erstes soll nun der Teilabschnitt von der Stadtgrenze Stuttgart bis zum Roßneckarkanal bzw. bis zum Bahnhof Esslingen realisiert werden.

Ende nächsten Jahres wollen wir eine weitere Studie für eine durchgehende **Radschnellverbindung von Kirchheim unter Teck über Denkendorf nach Ostfildern** angehen. Zwischenzeitlich gibt es dafür den Nachweis, dass diese Strecke ein noch höheres Potential als der Radschnellweg im Neckartal hat.

Unsere gemeindeübergreifende **Radwegbeschilderung**, für die wir eine halbe Million EUR investieren, wird im neuen Jahr aufgestellt. Land und Bund beteiligen sich mit rd. 0,4 Mio. EUR.

Wir hoffen, dass es uns weiter gelingt, den Radverkehr im Landkreis voranzubringen, zur Entlastung des Straßenverkehrs. Ganz besonders wichtig ist die Verknüpfung mit dem öffentlichen Nahverkehr.

II. 9. Abfallwirtschaft zuverlässig und preiswert

Unser Abfallwirtschaftsbetrieb ist seit Jahren geprägt von einem kundenorientierten Service, vor allem aber von günstigen Preisen. Damit zeigen wir, dass die Abfallwirtschaft in kommunaler Hand wirtschaftlich mit hohem Leistungsstandard und zuverlässig funktioniert. Allerdings haben wir in den letzten Monaten auch den Fachkräftemangel zu spüren bekommen. Das von uns mit der Einsammlung beauftragte Unternehmen hat mangels Personal es immer wieder nicht geschafft, zu den festgelegten Terminen die Behälter zu leeren. Wir sind derzeit mit Hochdruck dabei, dafür eine Lösung zu finden.

Im Kreistag werden wir im Herbst eine **Abfallgebührenkalkulation** für die Jahre 2020-2022 vorlegen. Dazu kann ich bereits im Vorgriff sagen, dass dies zu einer moderaten Gebührenerhöhung führen wird. Ausgelöst ist dies durch geringere Erlöse auf der Wertstoffseite und höhere Kosten auf der Entsorgungsseite. Wir sind aber selbst nach dieser Gebührenerhöhung immer noch weit unter den Preisen von Anfang der 2000er. Und, was noch wichtiger ist, wir gehören auch nach der Erhöhung zu den

günstigsten Anbietern einer hochwertigen Entsorgung in ganz Baden-Württemberg.

II. 10. Medius Kliniken – hohe Qualität und Wirtschaftlichkeit

Die positive Entwicklung unserer Kreiskliniken ist fast schon zur Gewohnheit geworden. Aber es ist keinesfalls selbstverständlich, dass fast 50.000 Patienten im vergangenen Jahr den medius Kliniken ihr Vertrauen schenken. Die hohe medizinische Behandlungsqualität überzeugt. Als Konsequenz daraus schreiben unsere Kliniken, als eine der wenigen in Baden-Württemberg, schwarze Zahlen. Das wollen wir nachhaltig sichern. Notwendig dafür ist qualifiziertes Personal. Ihre Arbeit und ihr direkter Kontakt zu den Patienten sind der Schlüssel für den Zuspruch.

Deshalb sind attraktive Rahmenbedingungen für unsere Beschäftigten zu schaffen. Der Arbeitsmarkt ist heiß umkämpft. Es ist uns im vergangenen Jahr gelungen, über die normale Fluktuation hinaus, insgesamt 71 Vollkräfte zusätzlich neu einzustellen. Wir tragen damit unserem Anspruch - mehr Leistung, mehr Personal - Rechnung.

Hoher Zuspruch in der Bevölkerung und zufriedene Mitarbeiter sind das eine, bauliche Strukturen und medizinische Leistungen auch in zeitgemäßen Räumen erbringen zu können und die Patienten auf hohem Niveau zu versorgen, das andere. Deshalb ist es geboten, dringend notwendige Baumaßnahmen an den Kliniken in Ostfildern und Nürtingen durchzuführen. Die Investitionssumme beläuft sich bis 2023 auf rund 120 Mio. EUR. Das ist die größte wirtschaftliche Herausforderung der nächsten Jahre. Dafür brauchen wir eine angemessene finanzielle Förderung durch das Land.

In Ruit muss die 50 Jahre alte Klinik in den Kernbereichen saniert, sowie in Teilen neu gebaut werden. Bereits im November wird als Vorabmaßnahme für den ersten Bauabschnitt der neue Interimbau mit insgesamt 128 Betten dem Patienten mehr Komfort bieten.

In Nürtingen ist die Betten- und OP-Kapazität zeitnah dringend zu erweitern. Die planerischen Voraussetzungen

werden derzeit geschaffen und die Fördergespräche mit dem Land sind anberaunt.

Das vergangene Jahr konnte mit einem positiven Jahresergebnis von 10 Mio. EUR abgeschlossen werden. Dieses ist auch notwendig. Denn unsere Kliniken müssen ihre Investitionen selbst erwirtschaften. Einen Rückgriff auf den Landkreis wird es künftig nicht geben können.

III Schlussbemerkungen

Den Haushaltsplanentwurf 2020 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2023 aufzustellen war angesichts der rasanten Veränderungen in allen Lebensbereichen und auch wegen des fehlenden Haushaltserlasses eine schwierige Aufgabe. Wir haben sie mit großem Verantwortungsbewusstsein gelöst: vorsichtig abwägend aber auch fordernd, unsere Interessen wahrnehmend. Dort wo wir die Zukunft gewinnen können, Entwicklungsstärke zeigend und mutig investierend.

Dieser Haushalt ist der erste Haushalt des neuen Kreistags. Ich setze auf gute und konstruktive Beratungen. Kommunalpolitik kann nie im Theoretischen bleiben. Gerade in der Haushaltplanung müssen wir uns handlungsstark zeigen. Ich setze auf das seitherige gute Miteinander, auf offene, lösungsorientierte, von großer Verantwortung getragene Entscheidungen, die im demokratischen Diskurs gefunden werden.

Ich danke meiner gesamten Verwaltung für die kompetente Arbeit, die hinter diesem Haushaltsplan steckt. Ganz besonders möchte ich meine Kämmerei unter der Leitung von Frau Dostal und Frau Hauschild herausheben, die wieder einmal zuverlässig, wie ein Uhrwerk präzise, gearbeitet haben.

Frau Dostal und ich stehen selbstverständlich gerne für Ihre Beratungen in den Fraktionen – wenn Sie dies wünschen – zur Verfügung.